

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Karl Nolle, SPD-Fraktion

Thema: Notverkauf der Landesbank Sachsen und die Regierungserklärung von Staatsminister Dr. Horst Metz sowie die Rede von Ministerpräsident Georg Milbradt zur Situation bei der und anschließende Parlamentsdebatte (7)

Bezug: Nach Darstellung der Sachsen LB und der Staatsregierung in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung vom 29.08.2007 und der Darstellung von Herrn Metz am 23.08.07 um ca. 17 Uhr gegenüber dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, war in der Nacht von Mittwoch, 22.08. 2007 auf Donnerstag, 23.08.2007 ein erneutes Liquiditätsloch von € 250 - 400 Mio. gefunden worden bzw. entstanden. Über dieses erneute Problem sei das SMF am 23.08.2007 unterrichtet worden. Weiter soll die Staatssekretärin Fischer den Ministerpräsidenten am Donnerstag, den 23.08.2007 in dessen Urlaub unterrichtet haben, woraufhin der Ministerpräsident seinen Urlaub abgebrochen und nach Dresden zurück geeilt sei.

1. Warum war die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Bank zu dem Zeitpunkt nicht bereit, diese Liquiditätslücke von bis zu € 400 Mio. durch eine weitere Kapitalerhöhung bei der Sachsen LB auszugleichen?
2. Warum war die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Bank zu dem Zeitpunkt nicht mehr bereit, wie es hieß, dem guten Geld schlechtes hinterher zu werfen?
3. Aus welchen Gründen im Einzelnen hatte die Staatsregierung plötzlich den Glauben und das Vertrauen in die eigene Bank und dessen Manager verloren und sah keine andere Möglichkeit als den „Notverkauf an die LBBW“?

Dresden, 11. September 2007



Karl Nolle, MdL

Eingegangen am: 12. SEP. 2007

Ausgegeben am: 12. OKT. 2007



SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DER FINANZEN

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN
Postfach 100 948 • 01076 Dresden

DER STAATSMINISTER

Präsidenten des
Sächsischen Landtages
Herrn Erich Iltgen, MdL
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, 10. Oktober 2007
L/K/44-VV9200-37/122-50063

Kleine Anfrage des Abgeordneten Karl Nolle, SPD-Fraktion

Drs.-Nr.: 4/9768

Thema: Notverkauf der Landesbank Sachsen und die Regierungserklärung von Staatsminister Dr. Horst Metz sowie die Rede von Ministerpräsident Georg Milbradt zur Situation bei der und anschließende Parlamentsdebatte (7)

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Bezug: Nach Darstellung der Sachsen LB und der Staatsregierung in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung vom 29.08.2007 und der Darstellung von Herrn Metz am 23.08.07 um ca. 17 Uhr gegenüber dem stellvertretenden Ministerpräsidenten war in der Nacht von Mittwoch, 22.08.2007, auf Donnerstag, 23.08.2007, ein erneutes Liquiditätsloch von € 250 - 400 Mio. gefunden worden bzw. entstanden. Über dieses erneute Problem sei das SMF am 23.08.2007 unterrichtet worden. Weiter soll die Staatssekretärin Fischer den Ministerpräsidenten am Donnerstag, den 23.08.2007, in dessen Urlaub unterrichtet haben, woraufhin der Ministerpräsident seinen Urlaub abgebrochen und nach Dresden zurückgeeiilt sei.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Dienstgebäude:
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Telefon: 0351 5644000 / Telefax: 0351 5644009
E-Mail: minister@smf.sachsen.de
Internet: <http://www.smf.sachsen.de>
Sondertelefon 0351 8022815



Gekennzeichnete Parkplätze
Carolaplatz

zu erreichen
mit Straßenbahnlinie 3, 7, 8

Frage 1: Warum war die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Bank zu dem Zeitpunkt nicht bereit, diese Liquiditätslücke von bis zu € 400 Mio. durch eine weitere Kapitalerhöhung bei der Sachsen LB auszugleichen?

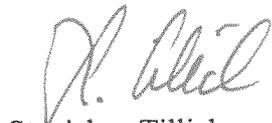
Frage 2: Warum war die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Bank zu dem Zeitpunkt nicht mehr bereit, wie es hieß, dem guten Geld schlechtes hinterher zu werfen?

Frage 3: Aus welchen Gründen im Einzelnen hatte die Staatsregierung plötzlich den Glauben und das Vertrauen in die eigene Bank und dessen Manager verloren und sah keine andere Möglichkeit als den „Notverkauf an die LBBW“?

Zusammenfassende Antwort zu den Fragen 1 bis 3:

Es wird auf die Regierungserklärung vom 31.08.2007 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen



Stanislaw Tillich